

Atomkraft: Eine Frage der Wahl?

Was will welche Partei – Eine Übersicht



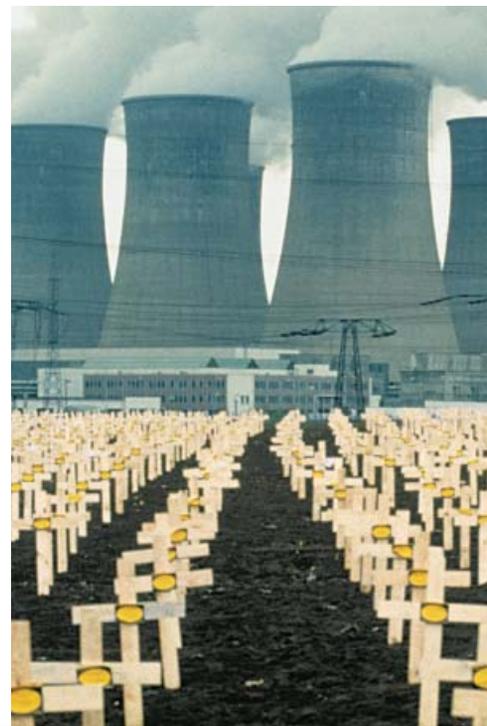
**Jetzt haben Sie die Wahl.
„Nutzen Sie Ihre Macht mit Bedacht“,
hat Präsident Horst Köhler gesagt.
Es geht um viel.
Um Arbeitsplätze, Steuern, Zukunft.
Und es geht um Atomkraft,
eine der größten Kräfte,
die sich der Mensch
je zu Diensten gemacht hat.
Und die er doch nie ganz beherrscht.
Nie ganz beherrschen kann.
Zu gefährlich, zu radioaktiv.
Wie eine Zeitbombe, die tickt.
Wollen wir warten, bis sie hochgeht?**

Strahlenmessung nach dem Super-Gau von Tschernobyl 1986: Bis heute leiden Menschen und Umwelt unter den schweren Folgen.

„Wird Atomkraft wieder salonfähig?“, fragen die großen Zeitungen Deutschlands. Atomkraft sei die Lösung für das Klimaproblem, sagen die einen. Und gar nicht so unsicher wie immer dargestellt, behaupten die anderen. Journalisten schreiben von einer Akzeptanz für diese Technologie. Von solchen Thesen beflügelt, wagen sich mehr und mehr Politiker mit ihren Ideen zur Atomkraft aus dem Schatten. Laufzeitverlängerung wird propagiert, der Neubau von Atomkraftwerken angedacht. Schnelle Brüter, Atomexporte – ein Land wie Deutschland darf schließlich auch vom technischen Know-how her nicht den Anschluss an die Welt verpassen, oder?

Egal, ob Sie zu der Mehrheit von Deutschen gehören, die längere Laufzeiten von Atomkraftwerken generell ablehnen (Emnid-Umfrage Juli 2005) oder zu denen, die finden, dieses Thema muss differenzierter betrachtet werden: Atomkraft ist neben Arbeitsplätzen und Mehrwertsteuer ein Thema, das die Parteien bei dieser Wahl unterscheidet. Aber welche Partei will was genau? Was ist ihr Hintergrund, wo kommen sie – atompolitisch betrachtet – her? Hier haben wir es für Sie zusammengestellt. Damit Sie sich Ihre Meinung bilden können.

Greenpeace fordert den Atomausstieg, hier im tschechischen AKW Bohunice.





1955 Dank Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) ist Kernforschung erlaubt.

1957 Die CDU/CSU-Regierung begrüßt den Bau des ersten deutschen AKWs (Forschungsreaktor FRM₁ in München).

1960 Das Atomgesetz tritt in Kraft. Es beginnt der Bau kommerzieller AKWs.

1977 Ernst Albrecht (CDU), damaliger Ministerpräsident von Niedersachsen, wählt Gorleben aus rein politischen Gründen als Endlagerstandort aus.

1998 „Wenn Sie einen Kuchen backen, geht auch nicht alles nach Rezept, da fällt schon mal ein Mehlstäubchen ab“, kommentiert Umweltministerin Angela Merkel (CDU) überhöhte Strahlenwerte bei Castor-Transporten.

Mai 2005 Baden-Württembergs Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) kündigt an, das abgeschaltete AKW Obrigheim nach einem Wahlsieg wieder in Betrieb nehmen zu wollen.

Juni 2005 Heinz Lehmann (CDU-Sachsen) sagt, statt Windräder solle man lieber ein neues AKW bauen.

Juli 2005 Im Wahlkampf kündigt Kanzlerkandidatin Angela Merkel (CDU) an, die Laufzeiten für AKWs zu verlängern. Sie sollen so lange am Netz bleiben, wie die Betreiber es für richtig halten. Auch den Neubau von Atomkraftwerken in Deutschland hält sich die CDU offen. Gorleben wird als Endlager favorisiert.

Mit einer Politik, wie sie der CDU vorschwebt, wird Deutschland direkt wieder ins Atomzeitalter zurückgeworfen. Sämtliche atomaren Schreckgespenster bis hin zu schnellen Brütern werden wieder möglich. Kurz: Mit Angela Merkel wird's radioaktiv in Deutschland!

Abgebrannte Brennelemente in Castor-Behältern.



1955 Franz-Josef Strauß (CSU) wird erster Atomminister Deutschlands.

1956-62 Als Verteidigungsminister träumt Strauß von einer deutschen Atombombe, bis er 1962 als Verteidigungsminister seinen Hut nehmen muss.

1986-89 Mit brutaler Härte lösen bayerische Polizisten auf Geheiß der CSU-Regierung die Massenproteste gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf auf. 1989 verzichtet die Industrie auf den Bau der Anlage.

Juni 2004 Edmund Stoiber und die CSU sehen für Bayern „bei Bedarf auch die Errichtung neuer Kernkraft-Anlagen“ vor.

Mai 2005 Werner Schnappauf, Umweltminister in Bayern (CSU), findet es widersinnig, „unsere modernen und sicheren Kernkraftwerke abzuschalten.“

Für die Bayernpartei CSU ist Atomkraft eine Sache der Ideologie. Sie glaubt an die heilbringende Wirkung der Atomkraft. Das war schon immer so, da haben weder Harrisburgh noch Tschernobyl etwas daran ändern können. Im Unionslager nehmen sie die Hardliner-Position ein, Proteste der Menschen gegen Atomkraft haben sie dabei noch nie gestört. Auch bei der CSU stehen die Zeiger auf Atomkraft für Deutschland.

Atom Müllfässer gelagert in Morsleben (Sachsen-Anhalt).



Atomkraftwerk Philippsburg (Rheinland-Pfalz).



1956 „Atomplan der SPD“: Atomkraft ist eine „unerschöpfliche Energiequelle“, mit der „ein neues Zeitalter begonnen hat“.

1974-82 Kanzler Helmut Schmidt samt SPD/FDP-Koalition forcieren den Ausbau deutscher AKWs massiv.

1979/80 Unter dem Schock der Ölkrisen fordern SPD/FDP, bis 1985 40 neue Atomkraftwerke zu bauen.

1986 Mit dem Supergau in Tschernobyl kommt es zum Umdenken in der SPD. Seitdem propagiert sie den Ausstieg aus der „riskanten Atomkraft“.

2000 Der von SPD, Grünen und Atomindustrie ausgehandelte Atomkonsens regelt den „Ausstieg“ aus der Atomkraft. Dieser Konsens garantiert den Atomkonzernen einen politisch störungsfreien Weiterbetrieb der AKWs bis ca. 2021.

2002 Ein Deal zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Atomindustrie verlängert die Laufzeit des AKW Obrigheim um zweieinhalb Jahre.

2003 Schröder will die Plutoniumfabrik Hanau nach China verkaufen.

Juni 2005 Nach Atomkonsens sind Transporte in die Wiederaufarbeitung gesetzlich verboten.

Juli 2005 Im Wahlkampf sagt die SPD, dass es mit ihr weder Laufzeitverlängerung noch Neubau von AKWs geben wird.

Die SPD hat Atomkraft als Wahlkampfthema wiederaufbereitet. Umfragen ergeben, dass die Mehrheit der Deutschen keine Atomkraft will. Dieses Potenzial möchte die SPD nicht ungenutzt lassen. Deswegen propagiert sie ganz klar: Mit der SPD bleibt es beim Ausstieg. Ob sie diese Haltung auch bei einer großen Koalition durchhält, bleibt abzuwarten.

2002: Castor-Transport von Frankreich in das Zwischenlager Gorleben.



1980 Bei ihrer Gründung fordern die Grünen „eine Stilllegung aller Atomanlagen“.

1986 Die Grünen fordern „Keine Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf“ und „Kein Weiterbau des AKW Brokdorf.“

1986 Nach Tschernobyl fordern die Grünen noch vehementer: „Ausstieg aus der Atomkraft so schnell wie möglich“.

2000 Der Atomkonsens zwischen SPD, Grünen und Atomindustrie regelt den „Ausstieg“ aus der Atomkraft. Dieser Konsens garantiert den Atomkonzernen einen politisch störungsfreien Weiterbetrieb der AKWs bis ca. 2021.

2002 Beim Deal zwischen Schröder und der Atomindustrie, das AKW Obrigheim zweieinhalb Jahre länger laufen zu lassen, geben die Grünen klein bei.

2005 Fünf Jahre Atomkonsens, und die Grünen haben es nicht geschafft, ein Gesetz durchzubringen, das die Suche nach einem geeigneten Endlager neu regelt.

Den Grünen war der Atomausstieg einst ein Herzensthema. In ihren sieben Jahren Regierungsbeteiligung haben sie zwar einiges erreicht, haben sich aber auch immer wieder der Atomindustrie gebeugt. Aus Realpolitik, Feigheit oder Machtgier? – Darüber gibt es verschiedene Meinungen. Im Wahlprogramm positionieren sich die Grünen gegen Atomkraft.

Brennelemente-Zwischenlager Ahaus.



Greenpeace e.V. | Große Elbstraße 39 | 22767 Hamburg
Tel.: 040-306 18-0 | Fax: 040-306 18-100

V.i.S.d.P.: Thomas Breuer

Politische Vertretung Berlin | Mariensraße 19-20 | 10117 Berlin
mail@greenpeace.de | www.greenpeace.de

Druck: Druckerei Zollenspieker Zollenspieker Hauptdeich 54 | 21037 Hamburg;
Stand: 08/2005; gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Fotos: Ullstein-Nowosti, Leitinger, A. Herza/Signum, M. Langer, B. Hoff, J. Siegmann (2), D. Rosenthal; alle © Greenpeace

FDP

Die Liberalen

1949-1953 Die FDP trägt die Atompolitik Adenauers (CDU) mit.

1961-66 Die FDP trägt die Atompolitik der CDU/CSU/FDP Koalition mit.

1969-1982 Die FDP trägt die Atompolitik der SPD mit.

1982-1998 Die FDP trägt die Atompolitik von Helmut Kohl (CDU) mit.

2005 Die FDP fordert im Wahlkampf längere Laufzeiten und die Möglichkeit von Neubauten. Damit kann sie die Atompolitik einer möglichen CDU-Regierung mittragen.

Die Atompolitik der FDP bestand und besteht darin, ihr Fähnchen in den Wind der Macht zu hängen. Wer auch immer mit ihr die Regierung teilte, brauchte keine Angst zu haben, die FDP könne atomtechnisch eine eigene Meinung entwickeln.

Greenpeace:

Seit der Explosion eines Atomkraftwerks 1986 im ukrainischen Tschernobyl ist in Deutschland kein Atomkraftwerk sicherer geworden. Die alten Reaktoren, mittlerweile zum Teil mehr als 25 Jahre am Netz, laufen weiter. Studien belegen, dass die Versprödung der Reaktoren und die Ermüdung der Materialien zunehmen. Ein Supergau wie in Tschernobyl würde im dicht besiedelten Deutschland eine Katastrophe ungeahnten Ausmaßes auslösen. Beispielsweise ist Hamburg von drei AKWs umgeben, das Ballungszentrum Mannheim/Heidelberg gar von sechs.

Der beim Betreiben eines Atomkraftwerks anfallende hochradioaktive Müll kann weltweit immer noch nicht sicher gelagert werden. Kein Land der Erde weiß, wo die strahlende Fracht für hunderttausende von Jahren sicher verwahrt werden kann, denn derartige Zeitdimensionen sprengen sogar die Vorhersagbarkeit für geologische Formationen. Das Erbe hinterlassen wir unseren Kindern. Und mit jedem Tag, den die Atomkraftwerke länger laufen, wird es mehr. Allein die 17 deutschen AKWs produzieren pro Jahr 400 Tonnen hochradioaktiven Müll. Der Salzstock Gorleben, immer wieder als Endlager im Gespräch, wäre kein sicherer Lagerplatz für hoch radioaktiven Müll. Die Abdichtung zum Grundwasser ist nicht überall gewährleistet. Dass trotzdem an dem Standort festgehalten wird, hat rein politische Gründe.

Außerdem lässt sich zivile und militärische Atomkraft nicht sauber trennen. Wo der Bombenstoff Plutonium anfällt, kann

DIE LINKE. PDS

Juli 2005 Bei ihrer Gründung fordert die Linkspartei/PDS einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie.

August 2005 Eine Emnid-Umfrage zeigt: Unter den potenziellen Wählern der Linkspartei sind mehr Atomkraftgegner zu finden als unter den Wählern der Grünen.

Die Kooperation ist noch sehr neu, ihr Programm daher noch ungenau. Historisch betrachtet ist sie keine reine Anti-AKW-Gruppierung, da zumindest die Alt-SEDler mit ihren AKW-Plänen für die ehemalige DDR durchaus atomgläubig waren. Heute spricht sich die Linkspartei, die auch ehemalige Grünen- und SPD-Politiker in ihren Reihen hat, klar gegen Atomkraft aus. Allerdings kann sie als Jungpartei zurzeit auch noch alles versprechen. Wie wichtig ihnen die praktische Umsetzung ist, bleibt abzuwarten.



Berlin 2005: Aktivisten protestieren gegen Atompolitik der CDU.

er auch Verwendung finden. Nicht selten haben Bombenbauer ihr Handwerk in der zivilen Atomtechnik erlernt. Auch die Gefahr von Terrorangriffen lässt sich nur schwer in den Griff bekommen. Seit dem 11. September 2001, seit den Anschlägen von Madrid und London weiß man: Die Attentäter können überall sein, und sie sind zu allem fähig. Es gibt mehrere wunde Stellen bei Atomkraftwerken – ein Anschlag hätte eine verheerende Zerstörungskraft. Deswegen fordert Greenpeace: Egal, welche Partei im Herbst an die Macht kommt – Atomkraft ist keine Lösung für unsere Energieversorgung! Die Technologie ist zu gefährlich, es muss ausgestiegen werden, so schnell wie möglich!

Atomkraft darf keine Frage der Wahl sein. Entscheiden Sie selbst. Sagen Sie es Ihren Politikern.